

Politik verzweifelt an Eigenmietwert

Steuerreform droht ein Scheitern: Nach fünf Jahren Ratlosigkeit sucht die Wirtschaftskommission jetzt nach einem Ausweg.

Stefan Bühler

Es gibt Steuern, die aufgehen wie ein Hefeteig auf dem warmen Trittofen. Zum Beispiel die Mehrwertsteuer, die seit Jahren Schrittmass für Schrittmass erhöht wird. Und dann gibt es Steuern, die in ihrer Existenz bedroht sind. Zum Beispiel die Besteuerung des Eigenmietwerts.

Der Eigenmietwert ist jener Betrag, den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer bezahlen müssten, würden sie in ihrer Wohnung zur Miete leben. Die Behörden bewerten diesen Betrag als Einkommen, das zu besteuern ist – zum Ärger der Hausbesitzerinnen, die ihn gerne abschaffen möchten. Doch die Geschichte zeigt: Der Eigenmietwert ist trotz mächtiger Gegner ein fiskalpolitischer Überlebenskünstler.

Schon seit 2017 doktort das Parlament an einer Revision herum, mit dem Ziel, den Eigenmietwert abzuschaffen. Im Herbst hat der Ständerat dann eine Reform verabschiedet, mit welcher der Eigenmietwert verschwinden soll. Freilich nur für Erstliegenschaften, nicht aber für Zweitwohnungen: Die Bergkantone seien auf diese Einnahmen angewiesen, hiess es. Um die Vorlage auszubalancieren, wurden den Hausbesitzern aber zugleich gewisse Vorteile gekappt: Sie sollten Schuldzinsen und Kosten für den Unterhalt künftig nicht mehr von den Steuern abziehen dürfen. Schon damals waren die Zweifel aber gross, dass eine solche Reform in einer Volksabstimmung eine



Besitzer von Einfamilienhäusern wünschen sich das Ende des Eigenmietwerts. Im Bild Duggingen im Baselbieter Laufental. Bild: Juri Junkov

Chance hätte, zu zahlreich sind die Kritiker.

Fünfer und Weggli für die Hausbesitzer

Nun am Freitag hat sich die Wirtschaftskommission des Nationalrats über das Geschäft gebeugt und in einer ersten Lesung wesentliche Kursänderungen vorgenommen. Von der angestrebten Balance bleibt nichts übrig: Der Eigenmietwert

soll abgeschafft werden, die Schuldzinsen aber abzugsfähig bleiben. Auch Abzüge für Instandhaltung sowie Rückbaukosten und Ausgaben fürs Energiesparen bleiben erlaubt. Trotzdem sagt Kommissionspräsident Leo Müller (Mitte, Luzern): «Wir ringen sehr stark um eine mehrheitsfähige Lösung in dieser Frage.»

Allerdings glaubt die Mehrheit der Kommission offensicht-

lich selber nicht an dieses Wunschprogramm: Dass die Linken es bekämpfen werden, steht ausser Frage. Auch aus den Kantonen dürfte Widerstand kommen – zu gross sind die Steuerausfälle. Kommt hinzu, dass mit diesem Modell ein weiteres Ziel der Reform verpasst wird: Solange Schuldzinsen grosszügig von den Steuern abgezogen werden dürfen, ist der Anreiz, sich zu verschulden,

gross. Die im internationalen Vergleich hohe Verschuldung der Schweizer Haushalte würde kaum wie gewünscht reduziert.

Dem Eigenmietwert droht schlimmstenfalls eine Diät

Die Politik steckt also in der Sackgasse. Gefragt ist ein Ausweg. Die Kommission hat deshalb – nachdem das Geschäft schon fünf Jahre zu reden gibt – die Bundesverwaltung beauf-

tragt, ein Alternativmodell zu prüfen. Der Eigenmietwert soll nicht abgeschafft, sondern lediglich reduziert werden: Für die Berechnung des Steuerbetrags soll er auf 60 Prozent der Marktmiete beschränkt werden. Bei einer Marktmiete von 2000 Franken müssten Besitzerinnen und Besitzer nur 1200 Franken deklarieren – ein Vorteil gegenüber Mieterinnen und Mietern, die von ihrem monatlichen Mietzins gar nichts von den Steuern abziehen können.

Eigenmietwert überlebt wohl auch diese Reform

Unterschiedliche Beschränkungen des Eigenmietwerts gibt es in den Kantonen heute schon. Doch mit Grenzen. Leo Müller verwies auf ein Bundesgerichtsurteil, wonach eine Reduktion auf 60 Prozent das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit gerade noch einhalte. Ein grösserer Rabatt würde die Mieter gegenüber den Eigentümern zu stark benachteiligen. Die Wirtschaftskommission schlägt deshalb vor, dass Kantone, die eine stärkere Reduktion wünschen, auch den Mieterinnen und Mietern Abzüge gewähren müssen.

Bis im August soll die Verwaltung nun die Folgen für Bund und Kantone einer Reduktion von 60 und von 70 Prozent berechnen. Noch liegt das Resultat nicht vor. So gut wie sicher ist hingegen jetzt schon, dass der Eigenmietwert überlebt. Die Frage, ob er wenigstens auf Diät gesetzt wird, diskutiert die Wirtschaftskommission im August.

Amherd reagiert auf Kritik

Eine «schwache Figur», die sich während der Krise zurückziehe. So lauten Vorwürfe gegen Bundesrätin Viola Amherd. Ihre Replik.

Fabian Hägler

Mitte-Bundesrätin Viola Amherd erntete bei einem Referat in der Aargauer SVP-Hochburg Holziken viel Applaus: für die Beschaffung des F35-Kampfflotts und für zusätzliche Mittel für die Armee.

Weniger positiv äusserte sich ein hoher Offizier, der auch Mitglied des Armeestabs ist, kürzlich am Handy im Zug von Bern nach Zürich (diese Zeitung berichtete). Für viele Passagiere gut hörbar, bezeichnete er Viola Amherd als «schwache Figur», die sich in der Krise «in eine Schneekugel verkriechen würde» und nur ein «Küchenkabinett» um sich scharen und ausschliesslich auf dessen Mitglieder hören würde. Zudem plauderte der hohe Militär auch die Einschätzung der Schweizer Armee zum Ukraine-Krieg aus – auch dies lautstark am Handy. Demnach sei der russische Präsident Putin kein irrational handelnder Akteur, sondern durchaus in der Lage, auf Berater zu hören und seine Strategie anzupassen, sagte er am Telefon.

Nach ihrem Referat sprach CH Media Amherd auf den Vorfall mit dem hohen Offizier an. Die Bundesrätin antwortete: «Dass sich der Offizier negativ über mich als Chefin äussert, ist für mich kein Problem. Wenn alle ihre Chefs immer nur in den höchsten Tönen loben, dann stimmt auch etwas nicht.»

Tipps für guten Schlaf trotz schwieriger Entscheide

Kritik an ihrer Führung kam unlängst aus Offizierskreisen. Die Verteidigungsministerin schote sich ab und führe das Departement straffer als ihre Vorgänger. Wie reagiert Amherd grundsätzlich auf Kritik aus den eigenen Reihen? «Ich habe ein positives Naturell und kann gut mit Kritik umgehen», antwortete die Bundesrätin. Als Stadtpräsidentin von Brig-Glis («ein schönes Amt») habe sie zwischen 2002 und 2012 gelernt, sich mit der Bevölkerung auseinanderzusetzen. «Es sind ja nicht alle immer gleicher Meinung. Das ist aber nicht schlimm, sondern macht die Politik erst interessant.»

Die Bundesrätin verriet ihr Rezept, wie sie trotz schwieriger Entscheide gut schlafen kann: «Mir persönlich ist es wichtig, dass ich alle Entscheide, die ich treffen muss, nach bestem Wissen und Gewissen fälle.» Sie informiere sich deshalb vorher sorgfältig, treffe die nötigen Abklärungen, mache sich auf dieser Grundlage ein Bild und entscheide danach. «Wenn andere mit meinem Entscheid nicht einverstanden sind, nehme ich das zur Kenntnis», sagte Amherd – und betonte: «Für mich ist sehr wichtig, dass ich korrekt und sauber gearbeitet habe.» Natürlich komme es auch vor, dass ein Entscheid falsch ist. «Aber solange ich sagen kann, dass ich ein Thema so gut wie möglich geprüft und abgeklärt habe, kann ich gut schlafen.»

Derweil wird bei der Armee eine erste formelle Befragung des betroffenen Mitarbeiters ausgewertet. Aufgrund dieser Auswertung wird entschieden, ob eine Disziplinaruntersuchung in Auftrag gegeben wird oder personalrechtliche Massnahmen ergriffen werden.

Corona: Kantone ziehen Bilanz

Längst nicht alles lief rund in der Pandemie. Aus den Fehlern ziehen die Kantone nun Lehren – an einigen Orten müssen sie nachbessern.

André Bissegger

Nicht nur der Bund, auch die Kantone waren während der Coronakrise stark gefordert. Denn sie waren es hauptsächlich, welche die Massnahmen umsetzen mussten – unabhängig davon, wer diese angeordnet hatte. Nun hat die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen analysiert und eine Bilanz gezogen. Diese präsentierten sie gestern zusammen mit politischen Vorschlägen und Empfehlungen. Dabei geht es um Koordination, Finanzierung, die Konsultation der Kantone und gesetzliche Anpassungen.

Unter dem Strich ist die KdK zufrieden: «Im Allgemeinen war die Zusammenarbeit mit dem Bund in der ausserordentlichen Lage aus Sicht der Kantone gut», heisst es in der Mitteilung. Allerdings sehen sie Verbesserungspotenzial bei der Koordination. Dies habe sich beim Wechsel in die besondere Lage im Juni 2020 und in der «ungenügenden Vorbereitung» auf die zweite Welle im Herbst gezeigt. Diese man-

gelnde Vorbereitung hatte eine im internationalen Vergleich hohe Übersterblichkeit zur Folge. Das zeigt ein kürzlich publizierter Bericht, den das Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Auftrag gegeben hatte.

Kantone wollen Austausch mit Bundesrat verstärken

Während der Pandemie waren vor allem die Behörden der Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik gefordert. Für die Kantone braucht es im Krisenmanagement daher künftig «einen stärker ganzheitlichen Ansatz», der alle betroffenen Politikbereiche einbezieht. Zudem sollen der Austausch und die Koordination zwischen Bundesrat und Kantonsregierungen intensiviert und stärker institutionalisiert werden.

Wie bereits bekannt, fordern die Kantone einen permanenten, departementsübergreifenden Krisenstab des Bundes, der in Krisensituationen auf operativer Ebene eingesetzt wird. Auch die Kantone sollen darin vertreten sein. «Sie wollen einen früheren, engeren und vor allem di-

rekten Einbezug durch den Bund», sagte KdK-Präsident Christian Rathgeb Mitte April. Allerdings hätten sich die Kantonsregierungen dagegen ausgesprochen, dass die KdK eine dominanter Rolle übernimmt.

Gemäss KdK sind auch die verschiedenen interkantonalen Konferenzen gefordert, in Krisen enger zusammenzuarbeiten. Sie sollen daher auf Fachebene ein ständiges Koordinationsgremium einrichten, wie es weiter heisst. Zudem sollen die Kantone die Konferenzen besser nutzen, um beim Austausch und der Koordination in den Regionen zu helfen.

Bei den Rechtsgrundlagen sieht die KdK ebenfalls Handlungsbedarf – etwa bezüglich Unsicherheiten bei Zuständigkeiten und Handlungsspielräumen von Bund und Kantonen. Daher soll im Epidemiengesetz die Aufgabenteilung präzisiert werden. Das gilt auch für die Finanzierung: Diese Frage sei in der Krise oft zu kurz gekommen. Künftig soll bereits bei der Anordnung der Massnahmen klar sein, wer welche Kosten trägt.